

Inhaltsübersicht

Einleitung	1
Kapitel 1: Die Familienverfassung als Instrument der Governance in Familienunternehmen	5
A. Die Familienverfassung in der Praxis	5
I. Beispielhafte Inhalte	5
II. Begriff und Themen	9
III. Erarbeitungsprozess	10
IV. Verbreitung	13
V. Gestaltungsmotive	18
B. Governance in Familienunternehmen als Bezugsrahmen der Familienverfassung	22
I. Familienunternehmen als Bezugspunkt	22
II. Governance als Bezugspunkt	29
C. Rolle der Familienverfassung im Bezugsrahmen der Governance in Familienunternehmen	54
I. Inhaltlicher und funktionaler Bezug zu Themen der Governance	54
II. Relevanz in Abhängigkeit vom Typ des Familienunternehmens	54
III. Voraussetzungen für die Tauglichkeit als Governance-Instrument	56
IV. Verortung im Regelungssystem der Governance	58
Kapitel 2: Die Familienverfassung als Gegenstand rechtlicher Betrachtung	59
A. Meinungsstand zur rechtlichen Bedeutung der Familienverfassung	59
I. Absichtserklärung mit moralischer Bindungswirkung	59
II. Fundament rechtlicher Gestaltung	60
III. Differenzierende Betrachtungen	62

B. Kritische Würdigung des bisherigen Meinungsstandes	69
I. Stadium der Auseinandersetzung	69
II. Ansichten im Einzelnen	70
C. Weitere Vorgehensweise der Untersuchung	72
I. Rechtliche Fragestellungen	72
II. Rechtswissenschaftlicher Rahmen der Untersuchungsfragen	73
III. Vorgehen im Einzelnen	78
 Kapitel 3: Ansiedlung der Familienverfassung innerhalb des Regelungsrahmens von Familienunternehmen	83
A. Regelungsebenen und Gestaltungsinstrumente des internen Ordnungsrahmens	83
I. Gesellschaftsverhältnis	83
II. Anstellungsverhältnisse zwischen Gesellschaft und Organmitgliedern	93
III. Gesellschaftervereinbarungen	94
IV. Individuelle Regelungssphäre der Gesellschafter	98
V. Ungeschriebene Handlungsgrundsätze	99
B. Zuordnung der Familienverfassung	100
I. Auslegungsgrundsätze	100
II. Abgleich der Familienverfassung mit dem Ordnungsrahmen unter inhaltlich-funktionalen Aspekten	104
III. Abgleich der Familienverfassung mit dem Ordnungsrahmen unter rechtstechnischen Aspekten	115
 Kapitel 4: Unmittelbare Rechtsverbindlichkeit der Familienverfassung?	129
A. Auslegungsgrundsätze	129
I. Auslegungsmaßstab	130
II. Auslegungsrelevante Aspekte	131
B. Analyse des Bindungswillens der Familiengesellschafter	133
I. Wortlaut	133
II. Verkehrssitte	139
III. Erarbeitungsprozess und Verabschiedung	141
IV. Systematische Stellung innerhalb des Ordnungsrahmens	145
V. Interessenlage	147
VI. Gesamtschau	175

Kapitel 5: Präzisierung der rechtlichen Einordnung der Familienverfassung	179
A. Charakterisierung der einzelnen Bestandteile anhand von Ausprägungen unverbindlicher Regelungsformen	179
I. Informatorische Klauseln	180
II. Gefälligkeitsverhältnisse	180
III. Absichtserklärungen	181
IV. Gentlemen's Agreements	183
V. Rahmenvereinbarungen	185
B. Dogmatische Einordnung der einzelnen Bestandteile im schuldrechtlichen System	187
I. Nicht-Rechtsgeschäft	188
II. Vertrag ohne (rechtliche) Leistungspflichten	188
III. Vertrag unter Ausschluss der rechtlichen Durchsetzbarkeit	192
IV. Gesamtschau	194
Kapitel 6: Mittelbare Rechtswirkungen der Familienverfassung	197
A. Rechtswirkungen unverbindlicher Regelungen in der rechtswissenschaftlichen Diskussion	197
I. Begründung und Maß rechtlicher Wirkungskraft unverbindlicher Regelungen	197
II. Ansätze einer Systematisierung unverbindlicher Regelungen und ihrer mittelbaren Rechtswirkungen	199
B. Rechtliche Relevanz der Familienverfassung	201
I. Skizze potentiell relevanter rechtlicher Anknüpfungspunkte und Verhaltensbindungen	201
II. Vereinbarkeit einer rechtlichen Relevanz der Familienverfassung mit dem Willen der Familiengesellschafter	203
III. Rechtsbeziehungen der Familiengesellschafter auf Basis der Familienverfassung	206
IV. Rechtsbeziehungen zwischen Familiengesellschaften und Gesellschaft auf Basis der Familienverfassung	239
V. Relevanz der Familienverfassung im Hinblick auf den rechtlichen Ordnungsrahmen von Familienunternehmen	240
VI. Sonstige Anknüpfungspunkte für eine rechtliche Relevanz	282
VII. Rechtliche Gestaltungsgrenzen	290

C. Gesamtschau und Rückbezug zur Systematisierung mittelbarer Rechtswirkungen unverbindlicher Regelungen	299
I. Gedanke eines beweglichen Systems	299
II. Die Familienverfassung im Lichte des (Vertrags-) Netzwerkgedankens	303
Kapitel 7: Folgerungen für die Gestaltungspraxis	307
A. Rolle des rechtlichen Beraters im Erarbeitungsprozess	307
I. Abstimmung mit dem rechtlichen Ordnungsrahmen des Familienunternehmens	307
II. Vermeidung eines Verstoßes gegen das Rechtsdienstleistungsgesetz	309
III. Art und Weise der Einflussnahme des rechtlichen Beraters	312
B. Rechtliche Gestaltungsoptionen	313
I. Rechtsverbindlichkeit	313
II. Rechtliche Bedeutungslosigkeit	314
III. Rechtliche Relevanz jenseits einer Rechtsverbindlichkeit	315
IV. Alternativer Gestaltungsansatz	316
C. Nutzen der Familienverfassung als Governance-Instrument unter Einbeziehung der juristischen Perspektive	327
I. Chancen und Risiken der Familienverfassung in ihrer bisher gängigen (inhaltlichen) Ausgestaltung	327
II. Diskussion alternativer Modelle	329
III. Gesamtschau	332
Zusammenfassung und Ausblick	335
Literaturverzeichnis	339
Anhang	359
Stichwortverzeichnis	369

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
Kapitel 1: Die Familienverfassung als Instrument der Governance in Familienunternehmen	5
A. Die Familienverfassung in der Praxis	5
I. Beispielhafte Inhalte	5
II. Begriff und Themen	9
III. Erarbeitungsprozess	10
IV. Verbreitung	13
V. Gestaltungsmotive	18
1. Generationsübergreifender Erhalt des Familienunternehmens	18
2. Konkrete Erwartungen an das Instrument	19
a) Ordnungsfunktion im Verhältnis zwischen Unternehmen und Familie	19
b) Integrationsfunktion im Verhältnis der Familie untereinander	20
c) Vertrauensfunktion im Verhältnis zum Unternehmensumfeld	21
B. Governance in Familienunternehmen als Bezugsrahmen der Familienverfassung	22
I. Familienunternehmen als Bezugspunkt	22
1. Begriff des Familienunternehmens	22
a) Familiäres Anteilseigentum	24
b) Einflussnahme einer Familie mit generationsübergreifender Ausrichtung	25
2. Besondere Charakteristika	26
3. Typologie	27
II. Governance als Bezugspunkt	29
1. Corporate Governance in börsennotierten Publikumsgesellschaften	29

2. Governance in Familienunternehmen	30
a) Unterschiede zu Publikumsgesellschaften in Bezug auf Ziele, Strukturen und Verhalten der Akteure	32
b) Agenturkonflikte in Familienunternehmen	33
c) Erweiterung der Governance-Betrachtung um die Dimension der Familie	34
d) Einbeziehung der externen Perspektive	38
e) Ansätze und Instrumente der Governance-Gestaltung in Familienunternehmen	40
3. Regelungssystem der Governance in Familienunternehmen	42
a) Gesetzlicher Regelungsrahmen	43
b) Externe Corporate Governance Kodizes	45
aa) Deutscher Corporate Governance Kodex	45
bb) Governance Kodex für Familienunternehmen	49
c) Gestaltung der individuellen Governance durch die Familiengesellschafter	52
C. Rolle der Familienverfassung im Bezugsrahmen der Governance in Familienunternehmen	54
I. Inhaltlicher und funktionaler Bezug zu Themen der Governance	54
II. Relevanz in Abhängigkeit vom Typ des Familienunternehmens	54
III. Voraussetzungen für die Tauglichkeit als Governance- Instrument	56
IV. Verortung im Regelungssystem der Governance	58
Kapitel 2: Die Familienverfassung als Gegenstand rechtlicher Betrachtung	59
A. Meinungsstand zur rechtlichen Bedeutung der Familienverfassung	59
I. Absichtserklärung mit moralischer Bindungswirkung	59
II. Fundament rechtlicher Gestaltung	60
III. Differenzierende Betrachtungen	62
1. Überlegungen zur unmittelbaren Rechtsverbindlichkeit	62
2. Überlegungen zu mittelbaren Rechtswirkungen	65
B. Kritische Würdigung des bisherigen Meinungsstandes	69
I. Stadium der Auseinandersetzung	69
II. Ansichten im Einzelnen	70

C. Weitere Vorgehensweise der Untersuchung	72
I. Rechtliche Fragestellungen	72
II. Rechtswissenschaftlicher Rahmen der Untersuchungsfragen	73
1. Interne Selbstregulierung	73
2. Rechtsgeschäftslehre	75
3. Funktionen und Wirkungen von Soft Law	76
4. Beziehungsgefücht gesellschaftsrechtlicher und gesellschaftsbezogener Regelungen	77
III. Vorgehen im Einzelnen	78
1. Typischerweise anzutreffende Gestaltung als Ausgangspunkt	78
2. Fragmentierung der rechtlichen Fragestellungen	79
3. Rechtsformbezogener und rechtstatsächlicher Zuschnitt des Bezugspunktes Familienunternehmen	80
 Kapitel 3: Ansiedlung der Familienverfassung innerhalb des Regelungsrahmens von Familienunternehmen	83
A. Regelungsebenen und Gestaltungsinstrumente des internen Ordnungsrahmens	83
I. Gesellschaftsverhältnis	83
1. Gesellschaftsvertrag	83
a) Rechtsverbindliche Gestaltung	84
aa) Kapitalgesellschaftsrecht	84
bb) Personengesellschaftsrecht	86
b) Unverbindliche Gestaltung	87
2. Geschäftsordnungen und sonstige Regelungen auf Beschlussgrundlage	88
a) Rechtsverbindliche Gestaltung	90
b) Unverbindliche Gestaltung	92
II. Anstellungsverhältnisse zwischen Gesellschaft und Organmitgliedern	93
III. Gesellschaftervereinbarungen	94
1. Rechtsverbindliche Gestaltung	95
2. Unverbindliche Gestaltung	98
IV. Individuelle Regelungssphäre der Gesellschafter	98
V. Ungeschriebene Handlungsgrundsätze	99
 B. Zuordnung der Familienverfassung	100
I. Auslegungsgrundsätze	100
1. Auslegungsmaßstab	101
2. Auslegungsrelevante Aspekte	103

II.	Abgleich der Familienverfassung mit dem Ordnungsrahmen unter inhaltlich-funktionalen Aspekten	104
1.	Inhaltliche Kategorisierung der Bestandteile der Familienverfassung als Ausgangspunkt	104
2.	Bestandteile inhaltlich anknüpfend an das Gesellschaftsverhältnis	105
3.	a) Abgleich unter rein inhaltlichen Aspekten	105
4.	b) Abgleich unter inhaltlich-funktionalen Aspekten	106
5.	aa) Beschreibende Bestandteile	107
6.	bb) Konkretisierende Regelungen	108
7.	cc) Ergänzende Regelungen	109
8.	dd) Abweichende Regelungen	110
9.	ee) Vorbereitende Regelungen	111
10.	ff) Abgrenzung der einzelnen Typen	112
11.	3. Bestandteile inhaltlich anknüpfend an den Familienverbund	113
12.	4. Regelungen zur Bedeutung und Handhabung der Familienverfassung	114
13.	5. Gesamtschau	115
III.	Abgleich der Familienverfassung mit dem Ordnungsrahmen unter rechtstechnischen Aspekten	115
1.	1. Dokumentation	115
2.	2. Art und Weise der Verabschiedung	118
3.	3. Beteiligte	120
4.	4. Änderungsverfahren	123
5.	5. Geltung für zukünftige Gesellschafter	124
6.	6. Durchsetzbarkeit	126
7.	7. Gesamtschau	126
Kapitel 4:	Unmittelbare Rechtsverbindlichkeit der Familienverfassung?	129
A.	Auslegungsgrundsätze	129
I.	I. Auslegungsmaßstab	130
II.	II. Auslegungsrelevante Aspekte	131
B.	Analyse des Bindungswillens der Familiengesellschafter	133
I.	I. Wortlaut	133
2.	1. Fehlender oder unbestimmter Regelungsgehalt	134
3.	2. Bestandteile mit bestimmtem oder bestimmbarem Regelungsgehalt	135

a) Aussagen zur rechtlichen Qualität	136
b) Weiche und harte Formulierungen	136
c) Charakter der sprachlichen Gestaltung	137
d) Regelungsumfang und Regelungspräzision	137
3. Zwischenergebnis	139
II. Verkehrssitte	139
III. Erarbeitungsprozess und Verabschiedung	141
1. Thematisierung der rechtlichen Bindung	141
2. Intensität des Erarbeitungsprozesses	141
3. Formalisierung ungeschriebener Grundsätze	142
4. Beteiligte	142
5. Rahmen und Form der Verabschiedung	144
IV. Systematische Stellung innerhalb des Ordnungsrahmens	145
V. Interessenlage	147
1. Interessengerechte Gestaltung mit Blick auf die Erwartungen der Familiengesellschafter	147
a) Ordnungsfunktion im Verhältnis zwischen Familie und Unternehmen	147
aa) Faktische Bindungskraft der Familienverfassung	148
(1) Annahmen in der Literatur und Praxisbeobachtungen	148
(2) Faktische Bindungskraft unverbindlicher Regelungen	149
(3) Rückbezug zur Familienverfassung	151
(a) Sachliche Überzeugungskraft	151
(b) Moraleische Bindungskraft	152
(c) Außerrechtliche Sanktionen bei Nichtbeachtung	152
(d) Zwischenergebnis	154
bb) Rechtssicherheit und Durchsetzbarkeit	154
cc) Wirtschaftliche Bedeutung der Regeleinhaltung	155
dd) Umgehung von rechtlichen Anforderungen und Grenzen	156
ee) Flexibilität in der Regelanwendung	157
ff) Unvorhersehbarkeit zukünftiger Entwicklungen	159
gg) Zwischenergebnis	161
b) Integrationsfunktion im Verhältnis der Familie untereinander	162
aa) Entwicklung von Sozialkapital	162
bb) Vermeidung von Rechtsstreitigkeiten	164

cc) Regelungsaversion	166
c) Vertrauensfunktion im Verhältnis zum Unternehmensumfeld	166
2. Präzisierung der Betrachtung mit Blick auf die einzelnen Bestandteile der Familienverfassung	167
a) Bestandteile inhaltlich anknüpfend an das Gesellschaftsverhältnis	167
aa) Beschreibende Bestandteile	167
bb) Konkretisierende Regelungen	168
cc) Ergänzende Regelungen	169
dd) Abweichende Regelungen	170
ee) Vorbereitende Regelungen	171
b) Bestandteile inhaltlich anknüpfend an den Familienverbund	172
c) Regelungen zur Bedeutung und Handhabung der Familienverfassung	174
3. Zwischenergebnis	175
VII. Gesamtschau	175
 Kapitel 5: Präzisierung der rechtlichen Einordnung der Familienverfassung	179
 A. Charakterisierung der einzelnen Bestandteile anhand von Ausprägungen unverbindlicher Regelungsformen	179
I. Informatorische Klauseln	180
II. Gefälligkeitsverhältnisse	180
III. Absichtserklärungen	181
IV. Gentlemen's Agreements	183
V. Rahmenvereinbarungen	185
 B. Dogmatische Einordnung der einzelnen Bestandteile im schuldrechtlichen System	187
I. Nicht-Rechtsgeschäft	188
II. Vertrag ohne (rechtliche) Leistungspflichten	188
1. Disponibilität der rechtlichen Bindung	189
2. Begründung außerrechtlicher Leistungspflichten im Lichte der Interessenlage	190
3. Rückbezug zum Rahmenvertrag	191
III. Vertrag unter Ausschluss der rechtlichen Durchsetzbarkeit	192
IV. Gesamtschau	194

Kapitel 6: Mittelbare Rechtswirkungen der Familienverfassung	197
A. Rechtswirkungen unverbindlicher Regelungen in der rechtswissenschaftlichen Diskussion	197
I. Begründung und Maß rechtlicher Wirkungskraft unverbindlicher Regelungen	197
II. Ansätze einer Systematisierung unverbindlicher Regelungen und ihrer mittelbaren Rechtswirkungen	199
B. Rechtliche Relevanz der Familienverfassung	201
I. Skizze potentiell relevanter rechtlicher Anknüpfungspunkte und Verhaltensbindungen	201
II. Vereinbarkeit einer rechtlichen Relevanz der Familienverfassung mit dem Willen der Familiengesellschafter	203
III. Rechtsbeziehungen der Familiengesellschafter auf Basis der Familienverfassung	206
1. Vertragsähnliche Leistungspflichten auf Grundlage positiver Vertrauenschaftung	206
a) Allgemeine Vertrauenschaftung	206
b) Vertrauenschaftung kraft Rechtsscheins	208
c) Vertrauenschaftung kraft widersprüchlichen Verhaltens	209
2. Gesetzliche Rücksichtnahmepflichten	211
a) Existenz eines Schuldverhältnisses	211
aa) Rechtsgeschäftliches Schuldverhältnis im Sinne des § 311 Abs. 1 BGB	211
bb) Gesetzliches Schuldverhältnis im Sinne des § 311 Abs. 2 BGB	212
(1) Vorvertraglicher Bereich im Sinne des § 311 Abs. 2 Nr. 1 und 2 BGB	213
(2) Ähnlicher geschäftlicher Kontakt im Sinne des § 311 Abs. 2 Nr. 3 BGB	214
cc) Rückbezug zur Familienverfassung in ihrer Gesamtheit	215
b) Inhalte von Rücksichtnahmepflichten	216
aa) Allgemeine Inhaltsbestimmung	216
bb) Beispielhafte Ausprägungen im Kontext unverbindlicher Erklärungen und Verständigungen	217
cc) Konkrete Inhaltsbestimmung im Hinblick auf die Familienverfassung	219

c) Rechtsfolgen von Rücksichtspflichtverletzungen	221
aa) Einklagbarkeit	221
bb) Schadensersatz	222
d) Konkretisierung anhand von Beispielszenarien	225
aa) Szenario 1 – Fehlschlagen eines Übertragungsaktes bei vorbereitender Regelung	225
bb) Szenario 2 – Gesellschafterbeschluss unter Nichtbeachtung einer konkretisierenden Regelung . .	228
cc) Szenario 3 – Beiratsbeschluss unter Nichtbeachtung einer konkretisierenden Regelung	229
dd) Szenario 4 – Geschäftsführungshandeln unter Nichtbeachtung konkretisierender Regelungen . . .	230
ee) Szenario 5 – Gesellschafterbeschluss unter Nichtbeachtung einer vom Gesellschaftsvertrag abweichenden Regelung	231
ff) Szenario 6 – Gesellschafterhandeln unter Nichtbeachtung ergänzender Regelungen	232
gg) Szenario 7 – Nichtbeachtung der Regelungen anknüpfend an den Familienverbund	232
hh) Szenario 8 – Nichtbeachtung der Regelungen zur Handhabung der Familienverfassung	233
e) Zwischenergebnis	234
3. Sonstige rechtliche Anknüpfungspunkte auf Basis der Familienverfassung	235
a) Grundsatz von Treu und Glauben – Widerspruch zu früherem Verhalten	235
b) Obliegenheiten	237
c) Deliktische Haftung	238
IV. Rechtsbeziehungen zwischen Familiengeschaftern und Gesellschaft auf Basis der Familienverfassung	239
V. Relevanz der Familienverfassung im Hinblick auf den rechtlichen Ordnungsrahmen von Familienunternehmen . . .	240
1. Generelle Überlegungen zur Berücksichtigung der Familienverfassung auf Gesellschaftsebene	240
a) Trennungsgrundsatz	241
aa) Relevante Rechtsprechung	241
bb) Meinungsstand in der Literatur	244
cc) Geltung bei Personengesellschaften	247

b) Folgerungen im Hinblick auf eine gesellschaftsrechtliche Relevanz der Familienverfassung	247
aa) Anwendung des Trennungsgrundsatzes	247
bb) Gesellschaftsrechtliche Zielrichtung der Familienverfassung	248
cc) Sonderkonstellation familienfremder Gesellschafter und Organmitglieder	249
2. Gesellschaftsvertrag	250
a) Änderung durch einverständliche Übung	250
b) Erläuternde Auslegung	252
aa) Berücksichtigung vorbereitender Regelungen als Element des Entstehungsprozesses gesellschaftsvertraglicher Regelungen	252
bb) Berücksichtigung konkretisierender Regelungen als Ausdruck eines individuellen Verständnisses der Familiengesellschafter	253
cc) Berücksichtigung des Umgangs mit der Familienverfassung im Rahmen gesellschaftsvertraglicher Generalklauseln	256
c) Ergänzende Auslegung	258
aa) Berücksichtigung der Familienverfassung bei der Ermittlung des hypothetischen Parteiwillens	258
bb) Berücksichtigung der Familienverfassung im Rahmen der Kontrolle von Abfindungsklauseln	259
3. Geschäftsordnungen und sonstige Regelungen auf Beschlussgrundlage – Die Familienverfassung als Gegenstand von Weisungen gegenüber der Geschäftsführung	262
a) Weisungskompetenz und -beschlussfassung	263
b) Maß der Pflichtenbindung	264
4. Gesellschaftsrechtliche Treuepflicht	267
a) Grundlagen	267
b) Besonderheiten bei Familienunternehmen	269
c) Relevanz der Familienverfassung im Rahmen der Treuepflicht	271
5. Gesellschaftsrechtlicher Gleichbehandlungsgrundsatz	274
6. Beschlussmängelrecht	276
7. Anstellungsverhältnisse zwischen Gesellschaft und Organmitgliedern	278
8. Gesellschaftervereinbarungen	279
9. Individuelle Regelungssphäre der Gesellschafter	280

VI.	Sonstige Anknüpfungspunkte für eine rechtliche Relevanz	282
1.	Kapitalmarktrechtliche Meldepflichten	282
2.	Konzernrechtliche Relevanz	283
3.	Publizität gegenüber dem Unternehmensumfeld	285
a)	Kommunikation gegenüber den Mitarbeitern	285
b)	Kommunikation im Rahmen langfristig ausgerichteter Kunden- und Lieferantenbeziehungen	286
c)	Kommunikation gegenüber der unbestimmten Öffentlichkeit	287
aa)	Publizitätspflicht	287
bb)	Freiwillige Publizität	288
VII.	Rechtliche Gestaltungsgrenzen	290
1.	Allgemeine Zulässigkeitsgrenzen	290
2.	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz	293
3.	Mitgliedschaftsrechte und Gesellschaftsvertrag	295
4.	Gesellschaftsrechtliche Treuepflicht und Gleichbehandlungsgrundsatz	297
5.	Gesamtschau	298
C.	Gesamtschau und Rückbezug zur Systematisierung mittelbarer Rechtswirkungen unverbindlicher Regelungen	299
I.	Gedanke eines beweglichen Systems	299
1.	Skala rechtlicher Bindung	300
2.	Ausschlusskriterien	301
3.	Abwägungskriterien	301
II.	Die Familienverfassung im Lichte des (Vertrags-) Netzwerkgedankens	303
Kapitel 7: Folgerungen für die Gestaltungspraxis		307
A.	Rolle des rechtlichen Beraters im Erarbeitungsprozess	307
I.	Abstimmung mit dem rechtlichen Ordnungsrahmen des Familienunternehmens	307
II.	Vermeidung eines Verstoßes gegen das Rechtsdienstleistungsgesetz	309
III.	Art und Weise der Einflussnahme des rechtlichen Beraters	312
B.	Rechtliche Gestaltungsoptionen	313
I.	Rechtsverbindlichkeit	313
II.	Rechtliche Bedeutungslosigkeit	314
III.	Rechtliche Relevanz jenseits einer Rechtsverbindlichkeit	315

IV. Alternativer Gestaltungsansatz	316
1. Statuierung einer Erklärungs- und Begründungspflicht bei abweichendem Verhalten	316
2. Statuierung einer Befolgungspflicht mit Abweichungsmöglichkeit bei sachlichem Grund	317
3. Statuierung von Sanktionen	319
a) Gesellschaftsrechtliche Sanktionen	320
b) Vertragsstrafen	320
c) Verlust von durch die Familienverfassung vermittelten (Rechts-) Positionen	321
d) Soziale Sanktionen	321
4. Praxisbezogene Veranschaulichung	322
a) Festlegungen zur jeweiligen rechtlichen Bindung	322
b) Rechtliche Bindungswirkung der einzelnen Inhalte	324
c) Formulierungsvorschläge	326
C. Nutzen der Familienverfassung als Governance-Instrument unter Einbeziehung der juristischen Perspektive	327
I. Chancen und Risiken der Familienverfassung in ihrer bisher gängigen (inhaltlichen) Ausgestaltung	327
II. Diskussion alternativer Modelle	329
1. Verzicht auf geschriebene Regelungen	329
2. Beschränkung auf Regelungen innerhalb des bestehenden rechtlichen Ordnungsrahmens	331
3. Beschränkung der Familienverfassung auf die Darstellung des rechtlichen Ordnungsrahmens und primär an den Familienverbund anknüpfende Inhalte	331
III. Gesamtschau	332
Zusammenfassung und Ausblick	335
Literaturverzeichnis	339
Anhang	359
Stichwortverzeichnis	369